Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Ins.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 15,250.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk. incl. Bringerlohn 5 Mk. durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 30 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 44 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 4gesp. Bourgeoisz. 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif. Reclamen unter d. Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 352. Dienstag den 18. December 1877. 71. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Vom 19. bis einschl. 25 December dieses Jahres wird die Packet-Ausgabestelle von dem Kaiserlichen Postamt Nr. 1 am Augustusplatze nach der Postwagenremise — Hospitalstraße Nr. 17/19 — verlegt.

Leipzig, den 12. December 1877. **Der Kaiserliche Ober-Post-Director.**

Bekanntmachung,

neuerdings festgestellte Veränderungen des südlichen Bebauungsplanes betreffend.

Unter Zustimmung der Gemeindevertretung haben wir für die künftige Bebauung des Areals östlich von der Kochstraße bis zum Kohlenbahnhof einerseits und vom Zeitzer Thorhaus an südlich bis zur Flurgrenze mit Connewitz andererseits verschiedene Aenderungen des hierüber bisher aufgestellt gewesenen Bebauungsplanes beschlossen, und diesen neuen Bebauungsplan in unserem Bauamt zu Jedermanns Einsicht 4 Wochen lang ausgelegt.

Widersprüche gegen letzteren Bebauungsplan sind bei deren Verlust innerhalb jener vierwöchentlichen, vom Tage der Veröffentlichung dieser Bekanntmachung in den Leipziger Nachrichten an zu berechnenden Frist bei uns schriftlich anzubringen.

Leipzig, den 13. December 1877. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Wilisch, Ref.

Bekanntmachung.

Die **Feuermeldestelle Dorothenstraße 6/8** (Mittelgebäude) ist **aufgehoben.** Feuermeldungen in dortiger Stadtgegend sind bei der VII. Feuerwache, Wiesenstraße 9, anzubringen.

Leipzig, am 12. December 1877. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi.

Feldverpachtung.

Die dem Johannishospitale gehörige, in der **Flur Anger** am Crottendorf-Stötteritzer Wege gelegene und **66 □R — 12 18 Ar** enthaltende **Feldparcelle Nr. 96** des Flurbuchs ist vom Jahre **1878** an auf **7 Jahre** anderweit zum Feldbau oder zur Benutzung als Grabeland, mit Ausschluß jeder anderen Benutzungsweise, zu **verpachten** und sind Pachtgebote **bis zum 20. dies. Mon.** bei uns einzureichen.

Die Pachtbedingungen und ein Situationsplan liegen in der **Expedition unserer Oekonomie-Inspection** im alten Johanniishospitale zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 12. December 1877. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
Dr. Georgi. Cerutti.

Leipzig, 17. December.

Zum russisch-türkischen Kriege, dessen verheerende Wirkungen schwer auf Handel und Verkehr lasten, waren in jüngster Zeit noch einige andere dunkle Puncte getreten, die den politischen Horizont verdüsterten. Schwere Besorgnisse erregten namentlich die Regierungskrisis in Frankreich und die deutsche Kanzlerkrisis. Die schwarzen Gewitterwolken, die über Frankreich standen, drohten sich unter den heftigsten Erschütterungen zu entladen; in demselben Augenblicke aber, in dem sie losplatzen sollten, haben sie sich wunderbarer Weise ganz geräuschlos verzogen; der Himmel strahlt wieder im schönsten Blau, und zwischen dem Elysée und der Deputirtenkammer, die auf ewig getrennt schienen, wölbt sich eine goldene Brücke. Der „ehrliche Soldat" hat über den Gemahl der Frau Mac Mahon gesiegt; der Präsident der Republik hat sich dem ausgesprochenen Willen derselben, wie der höfliche Franzose sagt, „accommodirt", d. h. zuddeutsch: unterworfen. Indem wir uns aber des schönen Triumphes freuen, den die Republikaner durch ihr würdiges, mannhaftes und geschlossenes Auftreten über die ränkesüchtigen Höflinge des Elysée davongetragen, dürfen wir uns nicht verleiten lassen, die Gefahr zu unterschätzen, in der Frankreich und mit ihm ganz Europa bis in die letzten Tage hinein schwebte. Die klerikale Verschwörung des 16. Mai, die mit dem Sturze des republikanischen Ministeriums Simon begann, war Schritt für Schritt, immer kecker ihr Haupt erhebend, auf ihr Ziel losgegangen. Römische Geister waren es, welche die neuen Minister am Schnürchen zogen, die Auflösung der Kammer herbeiführten, die Wahlen beeinflußten, die mühsam angesponnenen Ausgleichsverhandlungen zwischen Mac Mahon und der Kammermehrheit immer von Neuem zerrissen. Römische Einflüsse waren es, die sich noch ganz zuletzt in dem Widerstande kundgaben, den der Marschall dem republikanischen Vertrauensmanne Dufaure, indem er sich die Entscheidung über die Ministerien des Auswärtigen und des Krieges vorbehalten wollte, entgegensetzte. Jetzt hat sich Mac Mahon bedingungslos unterworfen und das Ministerium des Aeußern ist in die Hände des Protestanten Waddington gelegt. Man erinnert daran, daß ein protestantischer Minister des Auswärtigen seit den Tagen Ludwig Philipp's, da Guizot diesen Posten bekleidete, in Frankreich nicht dagewesen ist und daß diese Ernennung gerade im gegenwärtigen Augenblicke, nach allem Vorangegangenen und am Vorabende einer Papstwahl, ein lebendiger Protest gegen ultramontane Zettelungen und Friedensstörungen ist. Die überraschende Wendung ist denn auch in Italien, wo man seither mißtrauisch auf Frankreich blickte, alsbald mit Freuden begrüßt worden, und auch Deutschland, das so gern mit seinem westlichen Nachbar in Frieden leben möchte, hat Ursache, sich des Ereignisses zu freuen. Wenn wir nur hoffen dürften, daß die Wandlung von Dauer wäre, so könnten wir einen der beunruhigendsten Posten aus unseren politischen Rechnungsbüchern streichen.

Die andere Frage, die uns in den letzten Wochen Pein machte und uns als Deutschen noch weit mehr zu Herzen ging, ist die der Kanzlerkrisis. Diese ist noch nicht ausgetragen, aber, wie wir bereits ankündigten, auf dem besten Wege, es zu werden, und zwar in einer Weise, die uns nicht nur die alte Sicherheit wiedergeben, sondern dieselbe sogar noch erhöhen und die Bahn freier machen wird für die bisher rücksichtslos gehemmte Schaffenslust des Reichskanzlers, für die kraftvolle Fortführung der von ihm unternommenen großen Aufgaben, für die lebensvolle und zielbewußte Fortentwickelung des Reiches und seines führenden Staates. Das Gerücht von der nahe bevorstehenden Rückkehr des Fürsten Bismarck nach Berlin erhält sich; hiernach scheint der Reinigungsproceß in der Hofluft, den der Kanzler als conditio sine qua non hingestellt hat, in vollem Gange zu sein.

Auch in Sachen des Orientkrieges zeigte sich neulich ein Lichtschimmer, freilich ein sehr winziger. Wir sprachen bereits über die Note, in welcher die Pforte die Mächte um Friedensvermittelung bittet. Das Täubchen mit dem Oelblatte bekundet wenigstens, daß die Kriegsflut im Abnehmen ist; aber noch ist die Stunde des Friedens recht fern. Die Pforte thut gerade so, als ob ihre Heere siegreich in Rußland vordrängen; gerade das Gegentheil ist der Fall, und es ist natürlich, daß keine der neutralen Mächte sich zu Vermittelungsverhandlungen auf dieser unmöglichen Grundlage herbeilassen will. Von Deutschland und Oesterreich war dies von vornherein gewiß; jetzt wird aus London Dasselbe versichert. Die Pforte wird ihre Sprache noch bedeutend dämpfen müssen, wenn ihr Friedensgesuch Erfolg haben soll. Vorläufig ist hierzu noch keine Aussicht, und daher wird der Krieg wohl noch einige Zeit fortwüthen müssen. Für die Ruhe Europas ist es auch besser, wenn gleich ganze Arbeit gemacht wird, als wenn aus Mitleid mit der Türkei ein lahmer Friede geschlossen wird, der die orientalische Frage halb todt und halb lebendig in die kommenden Jahrzehnte hinüberschleppen würde.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Leipzig, 17. December.

Gerüchtweise meldet das „Deutsche Montagsbl.", daß im preußischen Ministerium Personen-Veränderungen bevorstehen, welche mit dem neuen Regierungsprogramm des Fürsten Bismarck aufs Engste zusammen hängen. Nach den umlaufenden Versionen träten die Minister Camphausen und Achenbach zurück (?). Herr Dr. Friedenthal verließe das Ackerbauministerium und das Interim des Ministeriums des Innern, um das Handelsamt zu übernehmen. Herr v. Bennigsen wäre für das Ministerium des Innern designirt, während über einen Ersatzmann des Herrn Camphausen erst bei der Ankunft des Fürsten Bismarck in Berlin definitive Verständigung erfolgen solle. Diese Gerüchte coursiren in Abgeordnetenkreisen. Eine besondere Gewähr für ihre Zuverlässigkeit ist nicht zu übernehmen.

Das „Montagsbl." theilt ferner über die Krisis Folgendes mit: Die Wolken der Kanzlerkrisis beginnen sich zu lichten. Sind wir recht unterrichtet, so waren es drei Puncte, in denen die Ansichten Kaiser Wilhelm's und seines Reichskanzlers auseinander gingen und die uns die neue Auflage der Kanzlerkrisis brachten: 1) der Fall Herrmann, 2) die Frage eines theilweisen Ministerwechsels, 3) die Frage betreffs einzelner Hofbeamten. Fall eins und zwei sind jetzt keine Differenzpuncte mehr. Präsident Herrmann dürfte den nachgesuchten Abschied erhalten, aber an seine Stelle ein Mann gleicher Richtung gesetzt werden. Wenn die Person des allverehrten Präsidenten geopfert wird, glaubt man vielen Schwierigkeiten begegnen und die „Hofprediger-partei" zum Aufgeben ihres constanten Widerspruchs bewegen zu können (?). Was die Frage eines theilweisen Ministerwechsels anbetrifft, so wird dieselbe am besten dahin zu beantworten sein, daß Fürst Bismarck alle ihm nöthig erscheinenden Mittel zur Durchführung seines Reformprogramms erhält. Die Hofbeamtenfrage bildet gegenwärtig allein noch einen Differenzpunct; derselbe ist aber keineswegs ein unbedeutender und unwichtiger. Fürst Bismarck dürfte aber zur Begleichung dieser Angelegenheit wohl schon in den nächsten Tagen nach Berlin kommen. Seine Rückkehr würde also noch kein Beweis für die Beendigung der Kanzlerkrisis sein. Die Hofbeamtenfrage, wenn sie nicht erledigt wird, könnte vielmehr die Krisis in der allerschärfsten Form zuspitzen und zum Abschluß bringen.

Der Unterstaatssecretair im Cultusministerium, Sydow, wird als etwaiger Nachfolger des Präsidenten Herrmann bezeichnet.

Die Berufung des Sanitätsraths Dr. Struck nach Varzin, welche in voriger Woche so große Sensation gemacht hat, ist, wie jetzt bekannt wird, nicht mit Rücksicht auf das Befinden des Reichskanzlers erfolgt, sondern in Folge eines bedenklichen Sturzes, welchen die Fürstin Bismarck gethan hatte. Die Befürchtungen, welche derselbe hervorgerufen, scheinen sich glücklicher Weise als unbegründet herausgestellt zu haben.

Die Berliner Commandantur dementirt die Nachricht, daß dieselbe einen Engländer, bei dem man Pläne von Metz gefunden habe, wegen Landesverraths habe internieren lassen.

In Wien wird in maßgebenden Kreisen versichert, daß das türkische Vermittelungsersuchen aussichtslos sei, da auch England die gegebene Basis als ungenügend bezeichne. Graf Andrassy soll am Dienstag im österreichischen Delegations-Budgetausschuß nähere Aufklärungen geben.

In Pest fand am Sonntag eine von etwa 6000—8000 Personen besuchte türkenfreundliche Versammlung statt, in welcher eine Resolution des Inhalts angenommen wurde, daß die Zeit gekommen sei, wo die ungarische Regierung mit allen Mitteln und unter Anwendung der bewaffneten Macht einer weiteren Ausbreitung der Macht Rußlands entgegentreten müsse. Die Versammlung beschloß, die Resolution sofort durch eine Deputation dem Minister-Präsidenten überreichen zu lassen. Der Minister-Präsident lehnte es aber ab, die Deputation zu empfangen, die in Begleitung einer großen Volksmenge vor seine Wohnung gekommen war. Die Volksmenge begann hierauf zu excediren. Von der herzugekommenen Polizei wurde der Platz indeß ohne Schwierigkeit gesäubert, so daß das schließlich erschienene Militair nicht mehr zur Verwendung kam.

Der Wiener Gemeinderath hat den seitherigen Bürgermeister Dr. Felder als Bürgermeister wieder gewählt.

Die hochofficiöse Wiener „Montagsrevue" sagt in einer Besprechung der französischen Zustände: Das Ministerium Dufaure bezeichne einen dauernden Sieg der gemäßigten Republikaner. Gelten habe ein Staatsoberhaupt sich so unbedingt zum Gehorsam gegen constitutionelle Gesetze und zur Unterwerfung unter parlamentarische Regeln verpflichtet. Trotzdem könne man den Marschall Mac Mahon beglückwünschen, da sein Rücktritt Frankreich neuen unabsehbaren Wirren preisgegeben hätte. Vorderhand seien alle Gefahren beschworen und die Perspective der nächsten Entwickelung sei befriedigender als lange zuvor. Frankreich sei dadurch wieder ein wichtiger Factor des europäischen Concertes geworden. Durch eine Fortdauer der Wirren könnte Frankreich diesen Anspruch verwirken, eine unwillkommene Entscheidung dieser Wirren aber hätte die Keime einer möglichen Verwickelung in die Beziehungen zum Auslande gelegt.

Man erwartet ein bedeutungsvolles Rundschreiben Waddington's über die Tragweite des neuen Systems in Frankreich für die Beziehungen zum Auslande. Dieses Document dürfte veröffentlicht werden. Der frühere Minister Banneville lehnte, wie man sagt, die Annahme jedes diplomatischen Postens ab.

Wie aus Paris gemeldet wird, sollen die Minister dafür sein, daß der Marschall eine Amnestie für alle politischen und Preßvergehen seit dem 16. Mai erlasse. Von gewisser Seite wird dahin gewirkt, an verschiedenen Orten des Landes Adressen an den Marschall in Scene zu setzen, in welchen demselben der Dank des Landes dafür ausgesprochen werden soll, daß er sich in patriotischer Weise dem Willen des Landes gefügt habe.

Die klerikalen und bonapartistischen Deputirten sind sehr entrüstet über die Schwenkung, die Mac Mahon gemacht, und äußern in ihrem Zorne, sie wollten den Marschall zwingen, daß er seine Entlassung nehme. Der Marschall ist unwohl und es geht das Gerücht, er denke wieder ernstlich an seinen Rücktritt; dieses Gerücht findet indessen wenig Glauben. — Ein Artikel der „Republique française", der in Versailles viel besprochen wird, bringt folgende Bemerkung: In Privatgesprächen besteht Gambetta auf der Nothwendigkeit, Nichts zu thun, was das Ministerium schwächen und die Bildung einer liberalen republikanischen Mehrheit im Senate verhindern könnte. Die klerikalen Blätter zeigen sich noch immer wüthend. Die „Défense", das Organ Duparloup's, schreibt, sie müsse sich arg zusammennehmen, um nicht in Vorwürfen auszuplatzen, doch könne der Unwille des Besiegten dem Sieger gefährlich werden. Der „Monde", das Organ des Nuntius, schreibt, der Marschall werde von jetzt an nur noch der Zuschauer der Freigeister sein. Die „Union" meint, das Uebermaß der Erniedrigung schütze den Marschall gegen die Ausbrüche des verletzten Gewissens aller ehrlichen Leute.

Eine große Anzahl von Präfecten hat um ihre Entlassung nachgesucht. Die republikanischen Blätter wollen wissen, daß fast alle im Dienst befindlichen Präfecten und Unterpräfecten, sowie eine große Anzahl anderer Staatsbeamten ihrer Stellen enthoben werden würden. Die Ernennung des Herrn von St. Vallier zum Botschafter in Berlin wird von denselben als gewiß angesehen, als Botschafter für Petersburg wird Graf Choiseul genannt.

Mit Bezug auf ein Wiener Telegramm, in welchem es hieß, England würde wünschen, daß Frankreich die einleitenden Schritte zu einer Friedensvermittelung thun möge, erklärt der „Temps", gegenwärtig liege es überhaupt nicht in Frankreichs Rolle, die ersten Schritte zu thun.

Die Deputirtenkammer wird sich voraussichtlich am Mittwoch bis zur Eröffnung der ordentlichen Session im Januar vertagen.

Die Generalräthe sind auf den 21. December, die Arrondissementsräthe auf den 19 December einberufen worden.

Der italienische Botschafter General Cialdini hat die französische Regierung zu der glücklichen Lösung der Krise beglückwünscht und dem Minister des Aeußern, Waddington, die besonderen Sympathien Italiens ausgedrückt.

In der italienischen Deputirtenkammer zeigte am 16. December der Ministerpräsident Depretis an, daß das Cabinet in Anbetracht der parlamentarischen Lage seine Entlassung gegeben und daß der König dieselbe angenommen habe. Er sei heute Vormittag vom König mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt worden, bis zur Bildung desselben würden die seitherigen Minister auf ihren Posten bleiben. Depretis sprach die Erwartung aus, daß die Kammer das Budget zu Ende berathen werde.

Ueber die Sitzung der Deputirtenkammer am vorhergegangenen Tage wird berichtet: Bei der Berathung des Capitels des Budgets für das Ministerium der öffentlichen Arbeiten, betreffend die Ausgaben für den Bau der Gotthardtbahn, verlangten die Deputirten Oudrei und Sella von der Regierung Auskunft über die Lage des Gotthardt-Unternehmens und über die Verpflichtungen, welche die italienische Regierung diesem Unternehmen gegenüber übernommen habe. Der Ministerpräsident Depretis erwiderte darauf, es sei keine neue Thatsache eingetreten, durch welche die Berner Convention eine Abänderung erfahren könnte, daher dürfe auch keine Aenderung des Beitrages, welchen Italien zu den Kosten dieses Unternehmens zu leisten habe, erfolgen. Der Minister fügte sodann hinzu, er werde sich indessen bemühen, irgend eine Erwägung der Verpflichtung Italiens zu erlangen. Die bezüglichen Verhandlungen werde er unter dem Vorbehalte führen, daß die betreffenden italienischen Gemeinden den von ihnen zugesagten Beitrag zu den von der italienischen Regierung übernommenen Kosten des Gotthardt-Unternehmens beibehalten werden. Für den Fall, daß die Gemeinden dies verweigern sollten, werde er dem Parlamente weitere Mittheilungen machen, um geeignete Maßregeln zu berathen.

Wie von russischer Seite gemeldet wird, ist in